

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Die unvollständige Ausgabe der Berliner Zeitung ist ohne Gewähr für die Richtigkeit der Nachrichten.

Verlag: Carl Neubauer, Berlin, Unter den Linden 10. Druck: Carl Neubauer, Berlin, Unter den Linden 10.

### Vier italienische Angriffe abgewiesen.

Amst. 1. Großes Hauptquartier, 1. Februar.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei diesem Nebel blieb die Feuerstätigkeit an der ganzen Front gering.

#### Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf. Vom Monte di Val Vela und Col del Rosso aus schickte die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff. (S. 1. S.)

Italienischer Generalbericht vom 31. Januar: In der Gegend der Hochflächen, auf demselben Schauplatz, auf dem sich das gähnende Vorgehen der Truppen der ersten Armee in den letzten Tagen abspielte, legten unsere Streitkräfte gestern ihren energischen Vorstoß südlich von Asiago und westlich des Frenzeltales fort. Sie bauten das wiederbesetzte Gelände aus und erweiterten es etwas nördlich des Col del Rosso. Unsere Truppen hielten die hinteren gegnerischen Linien unter ihrem Feuer und besetzten fortgesetzt die Punkte, an denen der Feind sich vorwärtsbewegen mußte. Von der übrigen Front wird keine wesentliche Aktion gemeldet. Weiter wird das Schicksal eines Angriffsvorstoßes einer starken feindlichen Patrouille, die dem rechten Flügel westlich Narco sowie im Glatzler Vorstoß einer unserer Abteilungen gemeldet, die zwei Maschinengewehre in den feindlichen Gräben westlich des Monte Altona erbeutete.

### Die Friedensverhandlungen.

Von Hans Vorst. (Nachdruck verboten.)

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk, die durch die Abreise Trotski und der ukrainischen Delegation eine neue Unterbrechung erlitten hatten, haben wieder begonnen. Trotski ist zurückgekehrt, und in der ersten Vollversammlung über den inzwischentzeitlich entstandenen Kompetenzstreit der beiden ukrainischen Abordnungen verhandelt worden. Die Petersburger Telegraphenagentur verbreitete nun eine Meldung, wonach diese Schwierigkeit durch einen vollständigen Sieg der Sowjetparteien in der Ukraine aus der Welt geschafft worden wäre. Das Generalsekretariat der kleineren Kaba sei zurückgetreten und das neue Sekretariat werde aus Vertretern der revolutionären (es muß wohl heißen: der sozialrevolutionären) Linien und der Bolschewiki gebildet werden. Auch die Vertreter der Kaba in Brest-Litovsk würden insorgelassen durch andere ersetzt werden. Wenn diese Nachricht, die zunächst mit Vorbehalt aufzunehmen ist, sich bestätigen sollte, so wären damit die Ergebnisse der Verhandlungen mit der bisherigen ukrainischen Abordnung als hinfällig zu betrachten. Wir haben schon früher gesagt, daß die Kompetenzfrage zwischen den beiden ukrainischen Delegationen in Wirklichkeit eine Tatsachenfrage ist, die darauf hinausläuft, welche von den streitenden Parteien sich in den Besitz der ukrainischen Staatsgewalt zu setzen vermag. Es ging aber aus der erwähnten Meldung nicht hervor, welche Rolle bei dem angeblich vollzogenen Regierungswechsel in der Ukraine die Charukow-Regierung gespielt hat. Eine eingehende Mitteilung hat Trotski in Brest-Litovsk auf der Sitzung der territorialen Kommission gemacht. Danach sollen die ausführenden Teile der kleineren Garnison auf die Seite der Charukow-Regierung übergegangen sein. Von einem Austritt des kleineren Generalsekretariats hat Trotski nach dem Bericht des Wolff-Bureaus nicht gesprochen, doch scheint er den formellen Regierungswechsel in der Ukraine für unmittelbar bevorstehend zu halten.

Die deutschen Zeitungen hatten in den letzten Tagen über eine Abreise Trotski eine Nachricht gebracht, die angeblich von der Petersburger Telegraphenagentur kam. Danach sollte Trotski auf dem neuen, dritten Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, der nach der Auflösung der Konstantine zum Zusammengetreten ist, gesandt haben, die russische Delegation werde ihre Forderungen nicht preisgeben und keinen Separatfrieden schließen. Er sollte hinzuzufügen haben, daß die Macht der imperialistischen und bürokratischen Regierungen unterminiert sei und die revolutionäre Bewegung auf Westeuropa hindränge. In Brest-Litovsk hat nun Herr Trotski diese Nachricht als absolut falsch bezeichnet, ohne daß aus dem vorliegenden Bericht hervorgeht, was er denn nun in Wirklichkeit gesagt hat. Schätzten wir, daß gegenwärtig, wie es in dem Bericht heißt, wird es nicht gewesen sein, denn er kann wohl auch nicht im voraus erfährt haben, daß die russische Delegation ihre Forderungen preisgeben und einen Separatfrieden schließen werde.

Wir verzeichnen daher noch eine angebliche Äußerung Genins, daß dem erwähnten dritten Sowjetkongress eine Formel zur Beschlußfassung vorgelegt werden solle, welche vorschläge, „keinen Krieg zu führen und keinen Frieden zu unterzeichnen“. Eine solche Formel würde in der Tat dem gegenwärtigen Zustande der russischen Armee und Volkswirtschaft eher einfließen, als die bisherige Formel eines „revolutionären Krieges“. Die Bolschewiki haben in diesem Glauben, daß die Armeen der Mittelmächte sich weigern würden, weiter gegen die russische Revolution Krieg zu führen und daß die Zentralmächte kein Interesse daran hätten, tief in russisches Gebiet einzumarschieren.

Unabhängig von diesen neuesten Meldungen hat sich schon seit einiger Zeit der optimistische Ton, der in den Versicherungen der deutschen Presse und in der amtlichen Mitteilung über die Verhandlungen mit Rußland anstandslos vorherrscht, geändert. Unverkennbar hatte man gemeint, mit der russischen Sowjetregierung, die nichts anderes brauchte und wünschte, als einen schmerzlichen Frieden, bald zum Ziele kommen zu können. Es darf wohl daran erinnert werden, daß wir schon am 25. November so eindrucksvoll, als es möglich war, vor einer solchen Auffassung gewarnt und auf die Schwerkraften und Gefahren hingewiesen haben, die uns bevorstünden, wenn es zu Verhandlungen mit der bolschewistischen Regierung käme. Es war nicht schwer zu prophezeien, wenn man das Wesen der bolschewistischen Lehre kannte. Wir sahen damals, daß die bolschewistische Richtung, ihrem ganzen Charakter nach, in ihrem Sinn, „revolutionäre Demokratie“ erst für möglich halte, wenn die soziale Revolution triumphiert hätte, daß dies das unmittelbare Ziel sei, auf das sie hinarbeite, und daß die Friedensverhandlungen ihr vor allem ein Mittel zu diesem Zweck darstellten.

Zwischen ist die Erkenntnis über die Eigenart der bolschewistischen Verhandlungsmethoden allmählich der öffentlichen Meinung geworden. Man hat auch erkannt, daß die durch den Weltkrieg entstandene gespannte Atmosphäre eine gewisse Unterlage für die bolschewistischen Doktrinen bildet. Sie streben danach, die Autorität der westeuropäischen Regierungen dadurch zu untergraben, daß sie ihnen durch die Verhandlungen einen außerordentlichen Manöver auf richtiger Friedensbereitschaft nachweisen können. Die Ablehnung der Entente-Akte, an den Friedensverhandlungen

### Die sozialdemokratische Parteileitung und der Streik.

Der „Vorwärts“, der wie wir angekündigt haben, heute wieder erschienen ist, fordert in seinem Leitartikel nochmals die sofortige Einberufung des Reichstages, damit die Ereignisse der letzten Tage von allen Seiten kritisch erörtert werden können. Er stellt, wie er sagt, den Wunsch nach einer möglichst raschen, möglichst gründlichen und darum bereichernden Aussprache im Reichstag an die Spitze seiner Überlegungen. Er wurde hier schon mitgeteilt, daß der den sozialdemokratischen Parteien wenig Neigung besteht, im gegenwärtigen Augenblick den Reichstag zusammenzusetzen zu lassen, da sie befürchten, daß manche Redner die Gelegenheit benutzen könnten, die Erregung im Lande zu vermehren und „Streikpropaganda“ zu treiben. Sie halten es für richtiger, die natürlich unvermeidliche Debatte vorläufig zu vertagen. Der „Vorwärts“, dessen Artikel in ruhigem Ton gehalten ist, warnt dann die Arbeiter vor Ausstellungen und vor jeder Störung der öffentlichen Ordnung. Er sagt:

„Die Bewegung darf nicht um ihren eigentlichen Charakter und ihren eigentlichen Zweck gebracht werden durch ein militärisches Vorgehen. Die arbeitende Bevölkerung muß die höchste Selbstbeherrschung walten. Denn so dringend es ist, daß die Ereignisse der letzten Tage zu einem guten Ende führen und daß die Regierung der ungewissenheit vorübergehender politischen Rechnung trägt, so wenig wird von irgend einer politischen Partei gewünscht, daß sie die innere Auflösung und den Zerfall der Regierung herbeiführen sollen. Wir wollen, die Regierung möge erkennen, was Beispiele um den Abschluß der Verhandlungen sind die wichtigste Aufgabe der Bevölkerung. Wir wollen aber nicht feindliche Inzertialisten mit längerem Hinziehen des Krieges ihre Absichten zu verwirklichen. Die gegenwärtige Bewegung soll die Landesverteidigung nicht treffen, will sie nicht treffen und wird sie nicht treffen, wenn ihre Interessen auch von Seiten der Regierung und der Behörden richtig wahrgenommen werden. Dann darf aber die Regierung nicht parlamentarischen Einflüssen Opfer geben.“

Die Mahnungen an die Streitenden sind umso notwendiger, da die gestrigen Abschlüssen und Zusammenkünften anständigen Menschen, auf welchem Parteistandpunkt sie auch stehen mag, mit Widerwillen erfüllen mußten. Es ist ein widerlicher Anblick, wenn wüste Straßendemonstrationen geschlagen, mit Steinen beworfen oder vom Parade mit dem demokratischen Auffassung politischer Rechte überfordert kaum weniger mit Recht sagen, daß sie an sich alle drei Gefährden, wie gewöhnlich in solchen Fällen, die Unklarheiten verursacht habe. Es wird auch darauf hingewiesen, daß durch das Verbot der Versammlungen die Bewegung aus den geschlossenen Räumen auf die Straße übergegangen sei. Aber da nun einmal in einer solchen Stadt die Einmischung zweideutiger und verwerflicher Elemente kaum zu vermeiden ist, empfiehlt es Arbeitern in doppeltem Maße die Pflicht, selbst auf das dem Mob nicht die Möglichkeit zu einer Betätigung zu tun.

Zu der Frage, wie sich das Verhältnis der Parteien einander in Zukunft gestalten werde, erklärt der „Vorwärts“ dann, die sozialdemokratische Fraktion und Parteien, über geschichtlichen Geltung und ihrem ganzen Lebensgefühl dieses neu zur arbeitenden Bevölkerung stehen. Das Treueverhältnis unter den gegenwärtigen Umständen zu einem veränderten Verhalten der bürokratischen Parteien gegenüber sahien sollte, so wird es zu dem Zustand zurückkehren, in dem sie ihre unvermeidliche achtunggebietende Stärke erlangt hat.“

überung der Parteiverhältnisse zur Folge haben dürfen. Amehheit das ist, was die Reaktion am meisten fürchtet. Das Treueverhältnis der Sozialdemokraten zur Reichsregierung schließt aber auch keineswegs aus, daß die sozial-

demokratischen Führer alles tun, um auf einer Grundlage, die eine dauernde Beruhigung verspricht, zu einer Einigung mit der Regierung und zu einer schnellen Wendung der Streikbewegung zu gelangen. So das Treueverhältnis und zugleich ihr Verhältnis dem ganzen Volk gegenüber aufzuheben, ist ihre Pflicht. Ganz wie es die Pflicht der Regierung ist, die Ursachen nicht zu verkennen, die zu den gegenwärtigen Erregungen führten, und durch eine klare, vollständige Politik sich das Vertrauen der großen Volksschichten zu gewinnen. (Vgl. Seite 3.)

### Die Ententeskonferenz in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. Februar.

Zur Pariser Konferenz schreibt die „Petit Journal“: Die Frage des Einheitsformalismus wurde gar nicht mehr erörtert zu werden, da der französische Gesandtschaft angenommen sei. „Petit Journal“ betont die bringende Bodenständigkeit der Bildung eines „Mandrier-Regimes“ unter einem klugen, schmeicheln Führer. „Korriere della Sera“ schreibt, von der Pariser Konferenz seien Entscheidungen von allergrößter Wichtigkeit für die Ententesländer zu erwarten. Das „Giornale d'Italia“ meint, daß in Paris die letzten Mißverständnisse betreffs der italienischen Kriegsziele vollends zerstreut werden. Solange die Mittelmächte von Rationalitätsprinzipien nichts wissen wollen, werde Italien fortfahren zu kämpfen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten ihre beschworenen Verträge einhalten und Italien materiell unterstützen. Daß sie dies tun wollen, hätten die Verbündeten Lokalverweise bewiesen. Die „Tribuna“ erklärt aus der Anwesenheit des Ministers des Reichens auf der Konferenz, daß die Entente die künftigen Mandrier der feindlichen Diplomatie durch eine gemeinsame Erklärung ihrer Kriegsziele zu beantworten gedenke. Die „Abend-Blätter“ sagt, die Mittelmächte spielten ihre letzte Karte aus. Die Ententesländer würden den „kolossalen Plan Einberufung“ nur dann durchzuführen, wenn sie die völlige Einheitsfront durchzuführen vermögen.

### Eine Antwortbotschaft Wilsons

an „die Freien der Welt“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA Bern, 1. Februar.

Wie der „Petit Journal“ aus Washington meldet, soll Wilson nun doch die Absicht haben, auf die Reden Hertlings und Genains mit einer Botschaft zu antworten. Diese Botschaft wird diesmal, wie das bisher nur bei den Empfängen des Papstes Gebrauch war, einen Titel tragen, und zwar wird sie heißen: „An die Freien der Welt. Auch diesmal wird der Präsident erklären, daß mit der, augenblicklich an der Spitze Deutschlands stehenden Militärmacht nicht verhandelt werden könne. Wenn dieses interessante Manifest herauskommt, ist vielleicht die Anregung erlaubt, daß die Worte des Präsidenten dem deutschen Publikum genau im Text und nicht wie das letzte Mal abgefaßt überliefert werden. Die internationale Befragung würde dadurch erleichtert werden. Auch die französische Presse hat jetzt die Vorteile solcher Arden Werbungen eingesehen und die letzten deutschen und österreichischen Reden in trefflich genauer Übersetzung wiedergegeben. Albert Thomas bringt im „Matin“ darauf, daß die Konferenz in Versailles offiziell die Kriegsziele der Entente veröffentlichen. Er schreibt: Die Ministerpräsidenten und die Minister des Reichens sind jetzt versammelt. Als wir Herrn Wilson haben, die Initiative zu einer gemeinsamen Erklärung zu ergreifen, antwortete er: „Wir haben es gemacht, aber unsere Verbündeten wollen nicht recht heranz.“ Möge unsere Regierung nun darauf bestehen. Sie ist während der letzten Unterhandlungen etwas im Hintergrund geblieben. Jetzt sollte sie versuchen, die Einheit der diplomatischen Front herzustellen und eine gemeinsame Offensive zu veröffentlichen.“ Die Sitzungen der Konferenz finden in Versailles, teils im Hotel Trianon, teils in der Villa Romaine statt, wo auch Wood George abgesehen ist. Clemenceau hat sich bis jetzt nur an wenig Besprechungen beteiligt. Unentschieden weil ihn die heimlichen Standesgeschichten mehr interessieren. „Petit Journal“ meint: Die Frage der Einheit des Kommandos sollte diesmal weg, da diese Frage bereits die von der französischen Regierung gewünschte logische Antwort gefunden hat.



französisches Flugzeug mußte landen. Beide Insassen sind verwundet. Ein weiterer Bericht über die Folgen des Angriffs meldet: Präsident Wilson begab sich in der Nacht in die von den Bomben getroffenen Stabteile und besuchte die Spitäler. Die Zahl der Verwundeten in ärztlicher Behandlung befindet sich etwa 60 zu betragen. Nach den bisherigen Meldungen befinden sich fast alle durch Bombenverletzungen auf der Straße oder an den Fenstern ihrer Wohnungen. Das Plagen einer Bombe rief keine Schände hervor, die vom Bruch der Gasseitung herührten.

### Die Streifbewegung.

#### Die Lage in Groß-Berlin.

Der Stand der Streifbewegung ist heute ungefähr der gleiche wie gestern. Die Verkehrsunternehmungen sind ebenfalls in im großen und ganzen nicht in Mitleidenhaftigkeit gezogen worden. Am Straßenbahnverkehr ist es wieder zu einigen kleinen Störungen; kleinere Verluste, den Betrieb zu stören, sind jedoch ausnahmslos gescheitert. Die Straßenbahn verkehrt es nur mit Abständen zu fahren, weil gerade ab sie es nach den bisherigen Erfahrungen, die Demonstrationen abgelehnt haben. So kann die Straßenbahn ebenso wie die Eisenbahn, die Post, die Gas- und Wasserleitungen und die Omnibusgesellschaften melden, daß der Verkehr ununterbrochen wird. Von einer Streifbewegung der Bäder kann kaum die Rede sein; soweit sie nicht im Gange war, ist sie bereits wieder im Abklingen.

Gestern nachmittag wurden, wie vorgeloffen gemeldet wird, zwei Polizeiwachposten, die sich auf einem Rundgang in der Parkstraße befanden, durch Passanten darauf aufmerksam gemacht, daß in der Parkstraße am Bahnhof Gesundbrunnen ein Kartoffelwagen vom Straßenpöbel geplündert werde. Die beiden Beamten begaben sich sofort an den Standort, wo ein Kartoffelwagen, begleitet von einer solchen Menge die sich aus überaus jungen Burken zusammensetzte, ihnen entgegenkam. Die Burken hatten die Kartoffelstücke aufgeschichtet und geplündert. Als sie die Burken sehen, ergriffen sie die Flucht, doch konnten zwei von ihnen, die 17-jährigen „Kreier“ Heinrich Bippert und der Bankkassier und Hans Schmidt aus der Kolonialstraße, festgenommen werden. Sie werden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

### Die Verhaftung des Abgeordneten Dittmann.

Der Reichstagsabgeordnete Dittmann von den Unabhängigen Sozialdemokraten ist gestern vormittag verhaftet worden. Über den Verhaftungsfall erfahren wir von maßgebender Seite folgendes: Dittmann war Mitglied der Streikleitung. Demnach sprach er sich mit dem Oberbefehlshaber jeder mehrere Verhaftung für diesen Streik vorhaben. Unter Ausrufung dieses Verbotes verließen Dittmann gestern in einer unentschieden Veranlassung in Treptow zu einer großen Volksmenge zu sprechen in einer Rede, die in der Aufforderung auslief, den Streik hochzuhalten. Die Staatsanwaltschaft sah in diesem Auftreten und insbesondere in der erwähnten Aufforderung eine strafbare Handlung, und zwar nicht nur eine Verletzung des Versammlungs- und Versammlungsgesetzes, sondern eine Aufforderung zum Landesverrat. Darauf erfolgte die Verhaftung. Dittmann ist heute früh dem zuständigen Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeführt worden.

### Die Haltung der Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in einer Sitzung vom 31. Januar mit der Streikfrage beschäftigt. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist übereinstimmend die Meinung zutage, daß die Bewegung aus politischen Gründen entstehen und in diesem Sinne eine politische, keine gewerkschaftliche Angelegenheit ist. Diese Einstimmigkeit besteht aber auch in der Auffassung, daß die politische Mitbestimmung, auf der die Bewegung entspringt, verständlich und am sichersten durch ein solches Einverständnis an die Wünsche der Arbeiter beteiligen ist.

### Die Streiklage im Reich.

Telegramme unserer Korrespondenten.)  
© **Wiesbaden, 1. Febr., 31. Januar.**  
Hier sowie in ganz Ostpreußen ist vom Ausbruch nichts bemerkt. In allen Betrieben wird wie gewöhnlich gearbeitet.

© **Breslau, 31. Januar.**  
In Breslau und in Schlesien überhaupt hat bisher irgendwo ein Ausbruch ernsthaft eingeleitet. In Breslau sind in vollem Betrieb.

© **Leipzig, 31. Januar.**  
Heute hat nun auch in Leipzig eine Streifbewegung eingesetzt. Morgens ist in einigen kleineren Betrieben ein Teil der Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen. Von größeren Betrieben sind nur die Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenau vom Streik betroffen. Der kommandierende General des Armeekorps hat eine Verfügung erlassen, nach welcher die ausgegrenzte in Leipzig-Lindenau bis auf weiteres unter militärischer Leitung gestellt werden. Die Arbeitseilegung wird verboten. Alle herbeiziehenden Personen haben Arbeit auf Grund ihrer Wehrpflicht fortzusetzen und erhalten Bezirkskommando entsprechende Beorderung. In sämtlichen Leipziger Großbetrieben wird in vollem Maße gearbeitet, und es besteht die Hoffnung, daß ein großer Teil der Streifbewegung auf diese kritischen Betriebe beschränkt wird. Daß in Leipzig der hochburg der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Streik bisher nur wenig Wirkung konnte, wird von Kennern der Verhältnisse mit den hier bestehenden Differenzen zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erklärt.

© **Essen, 31. Januar.**  
In Bochum brachen auf den Zechen „Präsident Konstantin“ und „Eisen“ Teilausstände aus. Der auf der Zechen „Bruch“ ausgebrochene Teilausstand ist schnell wieder beigelegt worden.

© **Kassel, 31. Januar.**  
Die Verammlung Kasseler Arbeiter von zehn Betrieben beschloß die Teilausnahme.

© **München, 31. Januar.**  
In München wurde jede politische Ausstandsbewegung Metallarbeiter- und Buchdruckerverband abgelehnt.

© **Oberlandbescheid, Gehelmer Inhaber Walter Schmidt**  
Oberlandbescheid zu Marxenwerder ist dort im Alter von 70 Jahren gestorben.

© **Burgemeister Schmelzer**  
Burgemeister Schmelzer, Vorstand des Reichsverbandes der Arbeiter, am 5. Februar seinen Posten und tritt in das Reichsministerium über.

### Die Kandidatur des Herrn Kapp.

Zur Nachwahl in Magmit-Pfaffen.

In dem erstehigen Wahlkreis Magmit-Pfaffen, der bisher in konservativem Besitz war, ist der Kandidat Herr Kapp als Kandidat nominiert worden. Das Herr Kapp wenn er gewählt wird, sich auch der konservativen angenommen werden. Damit würde über das eigentliche Wesen der Vaterlandspartei eine Klarheit verbreitet, die nur durch die Wahl bestätigt werden kann. Nach ihrem ersten Anlauf wollte die Vaterlandspartei von der Unterstützung eigener Kandidaten überhaupt absehen. Sie erklärte auch, daß die Entscheidung über die unterpolitischen Streitfragen der Zeit nach dem Kriegstag feststünde, in offeneren Wahlen. Schon im Wahlkreis Magmit-Pfaffen hatte die Vaterlandspartei die Masse abgewiesen. Was hier an dem Überdauern der geschlossenen Parteien, das wird jetzt in Magmit-Pfaffen von neuem und mit umgekehrtem Erfolg, mit bestem Erfolg, veranschaulicht werden. In diesem offeneren Wahlkreis hatten die Konservativen bisher eine kaum bescheidene Mehrheit. Die Sozialdemokratie brachte es nur auf etwa 1000 Stimmen, und höchstens die Nationaldemokraten, die im Jahre 1912 über 6000 Stimmen aufbrachten, hätten mit einem Anlauf die Kappischen Kandidatur Opposition mit einem Anlauf der gerade von nationaldemokratischer Seite ist erklärt worden. Aber gerade Herr Kapp, den „Schöpfer der deutschen Vaterlandspartei“, eintraten würde. Unter diesen Umständen hat auch die Fortschrittliche Volkspartei auf den Wahlkampf verzichtet. Aber sie hat es sich wenigstens nicht nehmen lassen, die Kappische Kandidatur nach ihrer wahren Bedeutung zu kennzeichnen. Der vom Vorstand des offeneren Wahlkreises der Fortschrittlichen Volkspartei gefaßte Beschluß lautet:

Der Vorstand erklärt in der Auffassung des Mitglieds der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Generaldirektor Dr. Kapp, als konservativen Kandidaten für den Reichstagswahlkreis Magmit-Pfaffen eine eigenartige und in der Tat eine unverständliche Illusion zu dem Kaufpreis der Vaterlandspartei seine innerpolitischen Ziele verfolge und deshalb von der Aufstellung eigener Kandidaten für die Reichstagswahl abgesehen. Die offeneren Wahlkreise sieht in der Ansicht, daß die Vaterlandspartei im wesentlichen dazu bestimmt ist, konservativen Interessen zu dienen. Trotzdem will die Fortschrittliche Volkspartei an dem bisherigen Wettbewerb um das Mandat, Nationaldemokraten, Sozialdemokraten, soweit bekannt geworden ist, von der Unterstützung der Kandidaten absehen, auch ihrerseits den Burgemeister Kapp nicht gerade in der jetzigen Zeit einen ihrer Anhänger im Wahlkreis Magmit-Pfaffen, sich bei dieser Wahl der Stimme zu enthalten.

Man wird zugeben können, daß die Entscheidung für die Fortschrittliche Volkspartei in diesem Falle nicht leicht war, und es trotzdem bedauerlich finden, daß sich die Partei nicht zur tatsächlichen Abwehr des Herrn Kapp zusammenschloß. So wie jetzt die Verhältnisse sich gestaltet haben, dürfte Herr Kapp unter dem Burgemeister mangellos in den Reichstag gelangen. Aber wenn auf diese Weise auch sein persönliches Schicksal in Erfüllung geht, so ist doch kaum anzunehmen, daß dieser voraussichtliche Erfolg für die Vaterlandspartei nutzlos sein wird. Auch denjenigen, die noch immer an die „Unparteilichkeit“ der Vaterlandspartei glauben, werden jetzt die Augen geöffnet sein. Herr Kapp erhält sein Mandat aus der Hand der konservativen Partei. Wenn er zugleich als Kandidat der Vaterlandspartei gelten möchte, so mag das aber Zweck haben, auch die anderen Parteien einzuloggen, aber niemand wird künftig daran zweifeln können, daß die deutsche Vaterlandspartei ihrem Wesen nach gar nichts anderes als eine Filiale der Konservativen ist.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“ ist ein Privat-Telegramm zufolge in Sachen als ein politischer Verein von den Behörden erklärt worden, der dementsprechend von den Militärbehörden zu behandeln ist.

### Witzelzanger v. Bayer beim Reichstags.

Witzelzanger v. Bayer ist, wie angekündigt, am Donnerstag in Berlin eingetroffen und hat sich nach am Abend beim Reichstagskanzler zum Diensttritt gemeldet und heute früh die Geschäfte seines Amtes von seinem bisherigen Vertreter, dem Reichstagssekretär Grafen Roederer, übernommen. Schon im Laufe des gestrigen Tages und ebenso heute vormittag hatte er bereits zahlreiche Besprechungen. Herr v. Bayer besteht in den nächsten Tagen die Amts- und Diensträume des früheren Witzelzangers, Dr. Geislerich, im Reichsamt des Innern.

### Reichenshädigung für Feierschichten.

#### Dunerechts-Bestimmungen.

Amlich wird mitgeteilt:  
Dem Bundesrat wurden gestern Bestimmungen erlassen, welche die Verletzung von Reichsmitteln für die Entschädigung der in Folge Kriegsmangel fehlenden der Arbeiter und Arbeiterinnen in wichtigeren Betrieben der Nahrung- und Ernährungsindustrie vorsehen. Die Bestimmungen beziehen sich nur auf solche Einstellungen und Beschränkungen der Arbeit, die in die Zeit vom 31. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch die Kriegsmangel herbeigeführt sind. Die Entschädigung wird für die Stunden bezahlt, um welche die Verletzlichen Minderungen erlitten (ohne Unterstunden) geltend gemacht werden können. Die Entschädigung wird, gegen einen der Entschädigung mindestens gleichwertigen Lohn geeignete andere Arbeit zu übernehmen. Wer durchschuldig weniger als das Doppelte ab auf Grund der Reichsverordnungsgeldung kassieren. Oütliches verdient, erhält seinen vollen durchschnittlichen Verdienst für die ausfallenden Arbeitsstunden, wenn mehr als das Doppelte verdient, erhält sieben Zehntel seines durchschnittlichen Verdienstes, jedoch mindestens das Doppelte und höchstens das Vierfache des Oütliches.  
Die durch die Entschädigung entfallende Belastung trägt für fünf volle Arbeitstage oder die ihnen entsprechende Anzahl von Stunden der Arbeitgeber allein. Für den sechsten Arbeitstag wird keine Entschädigung gewährt, während für die weitere Zeit vom Sechsten der Entschädigung der Arbeitgeber und fünf Zehntel das Reich trägt.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten ferner zur Annahme ein Entwurf einer Verordnung über den Anbau von Zuckerrüben und das Brennen von Ähren im Wirtschaftsjahr 1918 bis 1919; ein Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 8. April 1917 über die Besteuerung des Personen-

### Sitzung des Beirats der Nationalstiftung.

Im Reichstagsgebäude fand die erste Sitzung des Beirats der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen statt. Der Vorsitzende Staatsminister Dr. Treub begrüßte die Versammlung, die sich aus Vertretern des einzelnen Bundesstaates, den vom Reichsminister ernannten Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstages sowie aus den vom Publikum gewählten Mitgliedern zusammensetzte. Er wies auf die gewaltige Ausdehnung des Arbeitsgebietes der Nationalstiftung hin, die künftig über ihre ursprünglichen Zwecke einer Unterstützung von Hinterbliebenen an Kriegsgefangenen hinaus die notwendig die sozialen Fürsorgebestrebungen werden solle, durch die notwendig die soziale Hinterbliebenenverpflegung ergänzt werden müsse. Insbesondere dankte er dem geschäftsführenden Vizepräsidenten, Kommerzienrat Schlegel, als dem eigentlichen Begründer der Stiftung, für seine außerordentlich erfolgreiche Wirksamkeit, durch die er etwas geschaffen habe, wie es weder in Deutschland, noch auch im Auslande etwas Ähnliches je gegeben habe. Der stellvertretende Vorsitzende, Ministerialrat Dr. Schwaiber, erläuterte im einzelnen die wichtigsten Ziele des Beirats. In Erfüllung der Tagesordnung nahm dann die Versammlung die Wahl der ständigen Mitglieder des Beirats vor. Der Beirat hat 12 Mitglieder, die von Dr. Polleleit, Grafen v. Helldorf, über „Ehrenlohnempfänger für Frauen während der Kriegswirtschaft vom Standpunkt der Kriegsgemeinschaft.“ Die vom Beirat zu den geforderten Vorkehrungen zu einer allgemeinen Erwerbslosenfürsorge für Frauen unter Berücksichtigung der eigenartigen Lage der Kriegsgemeinschaft werden in der Versammlung grundsätzliche Bestimmungen.

Wahl eines Berliner Stadtrats. In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde an Stelle des verstorbenen Stadtrats Henrich der Stadtverordnete Dr. Kuhlmann, der der freien Fraktion angehört, zum unbestimmten Magistratsmitglied gewählt.

Berliner Lebensmittelpflege. Aus der Kreise der Berliner Lebensmittelpflege sind dem Berliner Magistrat mehrere Eingänge darauf zugegangen, daß die meisten ihrer Kräfte zum Einlauf darauf drängen, nur schieres Fleisch zu verkaufen. Dieses Verlangen ist, wie der Magistrat mitteilt, unerschöpfbar. Die Fleischpreise sind gar nicht in der Lage, dieser Forderung nachzukommen. Nach als die Hälfte an ihrem Fleisch steht ihnen für diesen Zweck nicht zur Verfügung, kann also auch von ihnen an den einzelnen nicht herbeigeholt werden. Der Beirat von Kartoffeln auf Grund der neuen Runderlasse beginnt am Montag, den 4. Februar.

Zwei Kinder erstickt. Bei einem Abendbrot sind gestern Abend zwei Kinder in der Eilmwegstraße 21 zu Tode gekommen. Die Mutter ist in der Eilmwegstraße 21 zu Tode gekommen. Die Tochter Martha von sieben Jahren und ein Sohn Ernst von fünf Jahren erstickt. Die Mutter mußte gestern nachmittag einen notwendigen Gang machen. Die beiden Kinder waren unterdessen allein zu Hause. Geschossen wurden durch Brandgeräusch die Wohnung aufmerksam und öffneten sie gewöhnlich. Es brannte in der Küche. Die Mutter war ganz bezaubert. Die beiden Kinder lagen erstickt da.

Preisrückgang im Postverkehr. Mit Rücksicht auf die Verteuerung der Poststoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne werden vom 1. Februar ab die Preise für die verlässlichen Postbrände in Postauslagen, Nachnahmefaktoren und Nachnahme-Paketauslagen mit abnehmender Postanweisung oder Zahlung am 10. Februar für je fünf sind festgelegt. Die Geldauslagen für anhängender Poststücke werden zum Preise von 1,26 Mark für je 50 Stück abgehoben.

Der am Zoologischen Garten ausgestellte Zank kann nicht mehr im Betrieb vorgeführt werden. Wegen umfangreicher Reparaturen, mit denen Anfang nächster Woche begonnen werden soll, muß von der ursprünglichen beschleunigten Ausstellung auch in anderen deutschen Städten abgesehen werden. Die meisten der Oberen Preisleistung zu Ausstellungsgewinnen zur Verfügung gestellt werden.

Stellen Räder durch einen Füllungs geschürt. Ein großer Feuerschutz von Schlegelberg hat in Klauenburg (Eisenbürgen) sieben Häuser zerstört, zwei Frauen und zwei Kinder getötet und zwei Frauen schwer verwundet.

### Letzte Nachrichten

Die „Times“ erfahren aus Petersburg: Es wird berichtet, daß die Armaturen Aischinow befehl haben und ihren Vormarsch fortsetzen. In politischen Kreisen wird die Möglichkeit besprochen, daß die Entschiedenheiten Russland verlassen, wenn die Republik ein rumänisches Regierung den Krieg erklärt. Gestern fand ein Gedankenaustausch zwischen den Entente-Ministern und dem russischen Rumänien statt. Nähere Nachrichten fehlen.

### Das Verfahren gegen Gallung.

Telegramm unserer Korrespondenten.)

Im Hof, 1. Februar.  
Kaiser Gallung wurde gestern in der militärgerichtlichen Untersuchung auch der ehemalige Minister Kapp in Rom jensei vernommen, was dem Gallung im November 1914 in beständiger Mission nach Belgien entsandt wurde. Thomaus erkrankte Kapp vor einer sehr ausführlichen Bericht. Dagegen erklärte der gleichfalls bezeugte ehemalige Kriegsminister Kapp, daß er sich über die Angelegenheiten Gallung verweigerte. Gallung „Mittler“ tritt notwendig für die Möglichkeit Kapp ein und bemerkt, daß die Angaben der „Action Française“ über Kapps Einwirkung auf die Frontunruhen vom Juni 1917 durchaus haltlos seien. Wichtig sei nur, daß die Generalleitung zur besonderen Beobachtung der unheimlichen Elemente eigene Organe entsandte. Es sei eine bedeutende Verletzung der Wehrpflicht seitens der „Action Française“ gewesen, daß die Leute auch jene Geheimzettelchen im Aufwiegler gehalten haben.

Der bisherige Verlauf der Kapp'schen Arbeit und Gallung bemerkt Kapp in der „Action Française“ zu einem Bericht auf den schärfsten Wahrung der rechtlichen Wahrung, wie „Gallung“ und andere, die sich heute nicht mehr daran erinnern wollen, daß sie Kapp's all Bundesverrat gewittert hatten, und bescheiden annehmen, daß sie sich die Entschuldigung der Dinge ganz anders geordnet haben. Kapp's Artikel schließt: „Wir werden uns wenig aus den angeblichen Verleumdungen und ungeschicklichen Darstellungen des angeblichen Dieners unterer Nachbarn. Die Stunde neigt, die alle diese Unterstellungen ein Ende nehmen werden. Wir waren es, die alles nicht verlangten. Der Sieg der Wahrheit ist da.“

Allgemeine Wehrverhältnisse für Deutschland. Gallung meldet, daß Gallung in der Wehrverhältnisse in Berlin und Umgebung, die Gallung aufnahm, jedoch vornehmlich über die Wehrverhältnisse in Berlin, nachts mäßiger Groß, Militärkommissionen und so weiter.

